

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Verkehrssicherheit durch sicheres Parken erhöhen, Stadtteile von Parkdruck entlasten!

Der öffentliche Verkehrsraum in Bremen wird in nicht unerheblichem Maße zum Abstellen von Fahrzeugen des motorisierten Individualverkehrs und des Radverkehrs genutzt. Die legale Nutzung muss so organisiert sein, dass sie den Zielen der Barrierefreiheit, der Rettungswegsicherheit und der Verkehrssicherheit nicht zuwiderläuft. Gefährlichen Situationen treten auch im Verkehrsraum vor Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen auf und werden insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten durch Dunkelheit und witterungsbedingt schlechte Sichtverhältnisse noch verschärft. Kreuzungen sind dabei besonders sicherheitssensible Bereiche, wie die Unfallstatistiken zeigen. Zugeparkte Kreuzungsbereiche sind für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer durch die eingeschränkte Sicht auf einmündende Straßen gefährlich. Einsatz- und Rettungsfahrzeuge können gerade in engen Straßenquerschnitten im Notfall häufig den Einsatzort nicht oder nur schlecht erreichen.

Eine Einschränkung der Verkehrssicherheit und der Barrierefreiheit kann ebenso von falsch abgestellten Fahrrädern ausgehen. In manchen Stadtteilen sind Gehwege deshalb nur eingeschränkt nutzbar.

Vor allem in Stadtteilen mit hohem Parkdruck erfolgen die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und die Freihaltung von Rettungswegen durch die zuständigen Behörden oft nicht ausreichend. Eine Ausweitung der Kontrollen kann nicht durch die Polizei gewährleistet werden. Hingegen könnte der kommunale Ordnungsdienst unter Umständen ausgeweitet werden soweit sich Stellen, durch zu vereinnahmte Verwarnungsgelder refinanzieren.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. im Einvernehmen mit den Beiräten Kontrollschwerpunkte in den Stadtteilen zu definieren.
2. in Abstimmung mit den Beiräten das wirksame Freihalten von sicherheitsrelevanten Straßenbereichen, insbesondere Kreuzungen und Einmündungen durch Markierungen, Bepflanzungen (Bodendecker) oder andere bauliche Maßnahmen zu einem weiteren Schwerpunkt des Integrierten Konzeptes Verkehrssicherheit zu machen.

3. für die im Einvernehmen mit den Beiräten beschlossenen Kontrollzonen zu prüfen, ob zusätzlich sogenanntes Refi-Personal zur Kontrolle zur Verfügung gestellt werden kann
4. das Parken im Bereich von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Alteneinrichtungen, Kreuzungsbereichen, Haltestellen und Fußgängerüberwegen, durch sich aus Verwarnungsgeldern refinanzierenden Stellen des kommunalen Ordnungsdienstes stärker zu kontrollieren und temporäre Halteverbote im Bereich von Schulen zum täglichen Schulbeginn und -ende einzuführen.
5. die Erarbeitung und Umsetzung von Parkkonzepten auf Stadtteilebene wie in Schwachhausen, die sich aus den vorhandenen Stadtteilbudgets finanzieren sollen, und die ggf. lokal erforderlichen Schaffung zusätzlicher Parkflächen unter anderem durch Shared-Parking-Konzepte zu prüfen.
6. Carsharing mit Mobilpunkten und Mobilpünktchen in Abstimmung mit den Beiräten weiter auszubauen, um den Parkdruck zu verringern.
7. zu überprüfen, ob die Möglichkeit zur Ablöse von Parkplätzen bei Neubauvorhaben in allen innerstädtischen Ortsteilen noch zeit- und sachgerecht ist.
8. zu prüfen, ob und wie die Kontrollfrequenz und Beseitigung hinsichtlich behindernd oder gefährdend auf dem Gehweg abgestellter Fahrräder verbessert werden kann.

Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD